Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-29 57
cle-mens.hoch@mwg.rlp.de
https://mwg.rlp.de

ERGEBNISPROTOKOLL

13.12.2021

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
15206 76 716-2		Bernd Hornberger Bernd.Hornberger@mwg.rlp.de	06131 16-2065 06131 1617-2065

21. FACHTAGUNG FÜR DIE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DER SOZIALPSYCHIATRISCHEN DIENSTE IN RHEINLAND-PFALZ AM 30. SEPTEMBER 2021 ALS VIDEOKONFERENZ

TOP 1: Begrüßung und Verabschiedung der Tagesordnung

Nach der Begrüßung durch Fr. Dr. Schwaben wurde die Tagesordnung unverändert angenommen.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung am 10. März 2020

Das Protokoll der vergangenen Fachtagung wurde ohne Änderungs- oder Ergänzungswünsche angenommen und genehmigt.

TOP 3: Corona-Pandemie und ihre Folgen für die Arbeit der Sozialpsychiatrischen Dienste - Erfahrungsaustausch

Zum kollegialen Austausch über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Arbeit der Sozialpsychiatrischen Dienste regte Frau Dr. Schwaben an, auch Best-Practice-Beispiele aufzuzeigen.

Nach den Berichten aus den jeweiligen Regionen zu Unterschieden in den GÄ bei grundsätzlich veränderten Settings und Belastungen fasste Fr. Dr. Schwaben die Schilderungen wie folgt zusammen:

Blinden und sehbehinderten Personen wird dieses Dokument auf Wunsch auch in für sie wahrnehmbarer Form übermittelt.

Abteilung Gesundheit:
Stiftsstraße 1-3 • Fax 06131/164375

- Einerseits sind neue, zusätzliche Klientinnen und Klienten auf die Gesundheitsämter zugekommen.
- Andererseits konnten (und können) `reguläre´ Klientinnen und Klienten nicht oder nicht wie gewohnt erreicht werden.
- Es musste ein flexibleres Setting geschaffen werden – wobei diese neuen Ansätze hoffentlich auch erhalten bleiben.
- Häufig wurden Besuche nur in Notsituationen möglich.
- Viele Kolleginnen und Kollegen waren stark belastet, da zusätzliche Aufgaben im Rahmen der Corona-Nachverfolgung o. ä. zu erfüllen waren.
- Netzwerkpartner waren/ sind nicht mehr verfügbar oder konnten bislang nicht kennengelernt werden; Netzwerke waren vorübergehend nicht funktionsfähig.
- Die Digitalisierung schreitet voran.

TOP 4: Neues PsychKHG - Erfahrungsaustausch

Nach dem Intro zum neuen PsychKHG von Fr. Dr. Schwaben in dem u. a. die 1:1-Betreuung und die Besetzung der Besuchskommission sowie verschiedene Klarstellungen im neuen PsychKHG erläutert wurden, folgte der Austausch zu weiteren Themen.

Herr Schneider sprach die ausdrückliche Nennung der Kinder und Jugendlichen im Gesetz an, was nach Auskunft von Fr. Dr. Schwaben ebenfalls der Klarstellung ggü. dem bisherigen PsychKG dient und zudem die Unterschiede zu den Erwachsenen verdeutlicht werden. Es sind keine weiteren Aufgabenstellungen damit verbunden. Gleiches gilt für die angesprochene Nachsorge d. d. SpDi (§ 31 PsychKHG). Hierzu berichtete Herr Tamke, dass es nach seiner Beobachtung aktuell häufiger zu verfrühten Entlassungen aus den akutpsychiatrischen Kliniken kommen, was wohl auch einem bestehenden Personalmangel in den Kliniken geschuldet ist; die Arbeit des SpDi aber zusätzlich erschwert.

TOP 5: Psychische Gesundheit im Ahrtal nach der Hochwasserkatastrophe: Information aus dem Erweiterten StAK und Austausch

Von der Flutkatastrophe, die das Ahrtal im Juli 2021 getroffen hat sind ca. 25.000 Menschen auf unterschiedliche Weise unmittelbar betroffen. Der Landesregierung war es von Anfang an wichtig, den Menschen im Ahrtal auch bei der Bewältigung ihrer psychischen Belastungen zu helfen. Sie hat daher – gemeinsam mit einer Vielzahl von Partnerinnen und Partnern - viele Maßnahmen auf den Weg gebracht, um diese Menschen bei der Bewältigung der Katastrophe und ihrer Folgen zu unterstützen.

Hierfür wurde im Gesundheitsministerium umgehend die AG „Psychische Gesundheit im Hochwassergebiet“ gegründet, um sich mit allen Partnerinnen und Partnern den vielfältigen Aufgaben zu stellen: Diese Aufgaben reichen von psychosozialen Soforthilfen über präventive Ansätze bis hin zu ambulanten und stationären Therapieangeboten.
Eine ganz zentrale Aufgabe des Landes ist hierbei die Sicherstellung der psychiatrischen Pflichtversorgung, die durch die beiden flutbetroffenen Kliniken vorerst nicht geleistet werden kann und daher derzeit von den benachbarten Kliniken, insbesondere von der Rheinmosel-Fachklinik Andernach und dem Johanniter-Zentrum in Neuwied übernommen wird. Das MWG steht seit Beginn der Flutkatastrophe in einem ständigen und engen Austausch mit beiden betroffenen Kliniken und unterstützt aktiv bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Katastrophe, bei der Organisation von Ersatzräumlichkeiten, bei der Klärung von Fragen rund um die Versorgung und natürlich beim Wiederaufbau der Kliniken.

Für die Landesregierung ist es ein wichtiges Ziel, der Entstehung von psychischen Erkrankungen möglichst vorzubeugen. Ein traumatisches Erlebnis muss nicht zwangsläufig zu einer Traumafolgestörung führen, wenn die Betroffenen es schaffen, die Erlebnisse zu verstehen, sie angemessen einzuordnen und die Gefühle von Hilflosigkeit zu bewältigen. Hierfür braucht es aber Informationen – darüber, was sich hinter einem Trauma verbirgt und wie man am besten damit klarkommt – und zwar sowohl für die Betroffenen, als auch für die Helferinnen und Helfer und Berufsgruppen, die mit betroffenen Kindern und Jugendlichen wie auch Erwachsenen in Kontakt stehen.

Hilfreich waren und sind hierbei Hilfe-Hotlines für entlastende Gespräche, die durch den Opferbeauftragten des Landes und die Kliniken umgehend eingerichtet wurden. Handzettel über Notfallangebote wurden an die Bevölkerung verteilt und bis heute sind die Info-Points im Landkreis wichtige Anlaufstellen auch für die psychosoziale Beratung, ebenso wie der Beratungsbus der Kreisverwaltung Ahrweiler, der unterwegs ist, um den Menschen vor Ort Hilfe und Unterstützung anzubieten. Mittlerweile hat der Opferbeauftragte auch ein Vor-Ort-Büro eingerichtet und ist dabei, ein Konzept der Psychosozialen Nachbetreuung mit dem Paritätischen Landesverband Rheinland-Pfalz | Saarland und den Selbsthilfekontaktstellen (Westerwälder Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe, WeKISS und Selbsthilfe Kontakt- und Informationsstelle Trier, SEKIS) an 10 Standorten im Ahrtal und den sonstigen betroffenen Regionen, inkl. angeleiteter Selbsthilfegruppen aufzubauen.

Das Land fördert zudem die Arbeit des Netzwerks Soforthilfe Psyche: Durchführung von bis zu 200 Psychoedukationsgruppen (niedrigschwellige Gruppenangebote z.B. Stressreduktion für Kinder) und Fortbildungsgruppen: (intensive Kurzfortbildung z.B. für Lehrer, KiTa etc.).

Trotz aller präventiven Bemühungen müssen wir leider auch damit rechnen, dass Menschen in Folge der traumatischen Erlebnisse bereits erkrankt sind oder erkranken werden und deshalb psychotherapeutische Hilfe benötigen.
Unmittelbar nach der Flutnacht hat die LPK eine Liste erstellt, auf die sich Kammermitglieder setzen lassen konnten, die sofort ein Krisen-Therapieangebot in Präsenz oder per Video (Abrechnungsgenehmigung für Therapie per Video der KV und Kassen liegt vor!) für die Betroffenen schaffen können. Mittlerweile sind 200 Kammermitglieder gelistet, die bereit sind, sofort zu helfen. Die Vermittlung von Betroffenen und Psychotherapeut*innen läuft über eine extra vom Opferbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz dafür geschaltete Hotline sowie über eine Online-Plattform.

Um belasteten Menschen eine direkte Anlaufstelle zu bieten, wo sie auch eine Weitervermittlung in Therapieangebote erhalten können, wurde am 6. Dezember das Traumahilfezentrum in Trägerschaft der Dr. von Ehrenwall´schen Klinik eingeweiht. Das Traumatherapiezentrum bietet als geschützter Ort der Begegnung und Heilung niederschwellig und innerhalb kurzer Zeit die Einleitung psychotherapeutischer Hilfe (Offene Sprechstunde, Clearing). Wichtig ist auch, dass durch die Kooperation mit der DRK-Fachklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und – psychotherapie nicht nur Betroffene aller Altersstufen, sondern auch Familien gemeinsam beraten und betreut werden können. Dies ist besonders relevant, da durch die Flutkatastrophe oft ganze Familien generationsübergreifend traumatisiert wurden.

Außerdem werden dort für Betroffene regelmäßige Informationsveranstaltungen und offene Vorträge zu Ressourcenaktivierung, Umgang mit Stress, Stabilisierung etc. für die Öffentlichkeit angeboten. Für Fachpersonal z.B. Lehrer, niedergelassene Ärzte, Erzieher etc. werden Fortbildungen zum Thema angeboten.

Um die teilstationäre und stationäre Versorgung sicherzustellen und die vom Hochwasser betroffenen psychiatrische Kliniken umfassend zu unterstützen und wiederaufzubauen, steht das Land seit der Flutkatastrophe in einem ständigen und engen Austausch mit beiden psychiatrischen Kliniken und unterstützt aktiv bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Katastrophe, bei der Organisation von Ersatzräumlichkeiten, bei der Klärung von Fragen rund um die Versorgung und natürlich beim Wiederaufbau der Kliniken.
Auch die Kreisverwaltung Ahrweiler benötigt Unterstützung bei der Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben nach § 4 PsychKHG – der Planung und Koordination von Hilfen für psychisch erkrankte Personen, eine Aufgabe, die in Folge der Hochwasserkatastrophe eine ganz neue Dimension erhalten hat. Das Gesundheitsministerium unterstützt daher die Kreisverwaltung Ahrweiler ideell und finanziell bei der Erfüllung der zusätzlichen Planungs- und Koordinierungsaufgaben im Bereich der Hilfen für psychisch erkrankte Menschen; insbesondere beim Aufbau und der Pflege eines Traumanetzwerks mit den

Partnern vor Ort. Hierfür hat der Gesundheitsminister am 3. November die Kooperationsvereinbarung zur „Stärkung der psychischen Gesundheit im Ahrtal“ unterzeichnet.

TOP 6: Verschiedenes/ Termin 2022

a) Herr Schneider warb um Nachwuchs für den Landesverband der Sozialarbeiter/ innen und Sozialpädagogen/ innen im Öffentlichen Gesundheitsdienst Rheinland-Pfalz e. V. Aufgrund des altersbedingten Ausscheidens mehrerer Mitglieder im Landesverband werden neue Mitglieder dringend benötigt. Herr Schneider wies in diesem Zusammenhang auch auf die kommende Fachtagung des LV am 9. November 2021 in Bad Kreuznach hin. Weitere Informationen gibt es auf der Homepage des LV (https://www.lvspdi-rlp.de/).

b) Frau Haas und Herr Tamke sprachen die Thematik der vorgesehenen Stellenausweitung im Rahmen des sogenannten `ÖGD-Paktes´ an. Dabei sollten insbesondere auch die Sozialpsychiatrischen Dienste Berücksichtigung finden. Zudem sollte die Stellenausweitung nicht nur den ärztlichen Dienst umfassen, sondern auch andere Berufsgruppen, wie z. B. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Stellenbesetzung im ärztlichen Dienst aufgrund fehlender Bewerberinnen und Bewerber bei vorgegebener vergleichsweise wenig attraktiver Dotierung zunehmend schwierig ist.
Frau Dr. Schwaben will sich zur Thematik bei dem zuständigen Kollegen informieren und die aktuelle Sachlage mitteilen.

Es wurde keine weiteren inhaltlichen Themen angesprochen.

Die nächste **Fachtagung** findet am Dienstag, **15. März 2022**, von 10:30 bis 14:00 Uhr statt.

Bernd M. Hornberger
(im Original gez.)